

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mtl. bei Selbstabholung 5.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mtl. für einen Monat 5.— Mtl. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13803. — **Verlag** in Leipzig, Lauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mtl. bei Platzvorkauf 2.00 Mtl.; Familiennachrichten für die Zeile 1.70 Mtl. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mtl. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ende der Regierungskrise.

Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt.

Berlin, 21. Juni. Der Reichspräsident hat den Präsidenten der Nationalversammlung Rechtsanwalt Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt. Abgeordneter Fehrenbach hat diese Berufung angenommen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen über die Kabinettsbildung nunmehr recht bald zum Abschluß gelangen.

Berlin, 22. Juni. In einer Besprechung des Reichskanzlers und der Parteiführer, die beim Reichspräsidenten heute in Aussicht genommen ist, soll die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts erfolgen.

Die vorläufige Ministerliste.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die bisherige Ministerliste des Kabinetts Fehrenbach, die noch im Laufe des heutigen Tages ihre endgültige Gestalt erfahren dürfte, steht vorläufig folgendermaßen aus: Kanzler: Fehrenbach (Ztr.); Außenminister: Dr. Simons (Dem.); Inneres: Koch (Dem.); Wehrministerium: Gehler (Dem.); Verkehrsministerium: Groener (Dem.); Finanzministerium: Dr. Wirth (Ztr.); Postministerium: Giesberts (Ztr.); Arbeitsministerium: Stegerwald (Ztr.); Ernährungsministerium: Hermes (Ztr.); Wirtschaftsministerium: Wiedfeld (Dem.); Schatzministerium: Dr. Becker (D. Volkspartei). Die programmatische Erklärung, die der Präsident Fehrenbach in der Eröffnungsitzung des neuen Reichstags verlesen wird, wird eine Bemerkung über den Wiederaufbau enthalten, der nur auf der Grundlage der republikanischen Staatsform möglich sei. Die Regierung wird ferner für eine Bekämpfung des Umsturzes von links und rechts, ebenso für die politische Gleichberechtigung aller Deutschen eintreten. Die Erklärung wird ferner die Ablehnung des Klassenkampfes enthalten, wird für eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem und sozialem Gebiet eintreten. Die Beamtenfragen sollen gemäß den Erklärungen Dr. Petersens gelöst werden. Man hofft, daß diese programmatische Erklärung eine Gewähr dafür bietet, daß, wenn sie innegehalten wird, die Regierung die politische Basis finden wird, deren sie bedarf. Die endgültige Bildung des Kabinetts wird erst heute in den Entscheidungssitzungen der Fraktionen des Reichstags stattfinden.

Nach diesen Meldungen ist also die Regierungskrise nun zunächst als beendet anzusehen. Die neue, durch den Eintritt der Stinnespartei nach rechts hin erweiterte Koalitionsregierung ist zur Tatfache geworden. Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei werden die gemeinschaftliche Regierung bilden. Das Regierungsprogramm liegt im Wortlaut noch nicht vor. Offenbar ist man sich über die genaue Formulierung einzelner Programmpunkte unter den neuen Bundesgenossen noch nicht vollkommen einig. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß über alle grundsätzlichen Fragen Einigkeit erzielt worden ist. Da die Rechtssozialisten aus der Koalition ausgeschieden sind, verfügt die neue Regierung im Reichstag über keine Mehrheit. Wie es heißt, will sie an alle Parteien den Appell richten, angesichts der Not des Landes alle parteipolitischen Zwistigkeiten zurückzustellen und der Regierung ihre Unterstützung zu leisten. Der Vorwärts schreibt heute, daß sich die Sozialdemokratie ihre endgültige Entscheidung in Sachen der sogenannten wohlwollenden Neutralität vorbehalte, bis die Fraktion das letzte Wort gesprochen habe. Die Entscheidung der Fraktion aber sei abhängig von dem Programm, das die bürgerlichen Regierungsparteien ihr präsentieren würden. Ein Vertrauensvotum auf Blankofortkredit müßte abgelehnt werden.

Über die Stellungnahme der Deutschnationalen liegen neuere Meldungen nicht vor. Nach den früheren Äußerungen ihrer Blätter ist anzunehmen, daß die Deutschnationalen in der Oppositionsstellung beharren werden. Freilich ist auch zu erwarten, daß die neue Koalitionsregierung mehr noch als die alten Wünschen der rechtsstehenden Kreise des Bürgertums Rechnung tragen wird so daß selbst die Deutschnationalen kaum Anlaß zu einer scharfen Opposition haben werden. Für die Unabhängige Sozialdemokratie ist die Stellung zur neuen Koalition von vornherein gegeben. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und nach der Zusammensetzung der neuen Regierung steht es fest, daß diese keine Politik treiben wird und treiben kann, die den Interessen des Proletariats entspricht. Gestützt auf ihre sozialistischen Grundzüge und auf ihr Programm, wird deshalb die USF die Politik der neuen bürgerlichen Regierung ebenso entschieden bekämpfen müssen, wie die von der bisherigen rechtssozialistisch-demokratischen betriebe. Zu dem Programm wird noch Stellung zu nehmen sein, wenn dessen endgültige Fassung vorliegt.

Im übrigen darf wohl schon heute als sicher angenommen werden, daß dem jungen, unter so großen Schwierigkeiten zur Welt gekommenen Geschöpf kein allzu langes Leben beschieden sein wird.

Die Rechtssozialisten und die neue Regierung

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei hat

am 21. Juni zur politischen Lage einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem der Ausfall der Reichstagswahlen die Fortführung der bisherigen Koalitionsregierung unmöglich gemacht und die Unabhängige Sozialdemokratie das Zustandekommen einer neuen, links gerichteten Koalition verhindert haben, kam nur eine weitere nach rechts entwickelte, rein bürgerliche Koalition in Frage, an der sich die Sozialdemokraten nicht beteiligen konnten. Wir halten es für ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einer Regierung, in der Vertreter der D. Vp. sitzen, ein Vertrauensvotum abgibt. Dagegen erscheint es zweckmäßig, daß die Fraktion zunächst eine abwartende Haltung einnimmt, um bei neuen Regierung Gelegenheiten zu geben, durch Taten ihre politischen und wirtschaftlichen Absichten zu zeigen. Dann muß die Entscheidung der Fraktion allein vom Standpunkt unserer sozialistischen Grundzüge erfolgen. Wir erfordern die Fraktion, von der neuen Regierung unter den ersten geschäftlichen Maßnahmen unbedingt die sofortige Aufhebung der Militärgerichte zu fordern, die durch das freisprechende Kriegsgerichtsurteil gegen die Marburger Studenten zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist.“

Sitzung der U. S. P.-Fraktion.

Am Montag trat unsere Fraktion im Reichstage zu ihrer ersten Beratung zusammen. In den Vorabend wurden gewählt: die Genossen Bente, Crispian und Ledebour als Vorsitzende, die Genossen Bieg und die Genossen Rosenfeld und Dilmann als Beisitzer und der Genosse Brühl als Kassierer.

Waffenverschiebungen nach dem Ausland.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Dagens Anhalter, Stockholm, bringt folgende aufsehenerregende Mitteilung: Am vergangenen Mittwoch ist der deutsche Segler Merkur im Hafen von Hangö eingetroffen. Die Beladung bestand ausschließlich aus deutschen Offizieren. Nach den Schiffspapieren sollte das Schiff nur Metall geladen haben. Durch eine Untersuchung wurde jedoch festgestellt, daß das sogenannte Metall Kriegsmaterial in brauchbarem Zustand war. Wie das Blatt weiter meldet, war die Sendung an den früheren deutschen Offizier von Coler adressiert, der zur Zeit Chef der Besatzungstruppen von Hangö ist. Das Schiff und die Ladung wurden beschlagnahmt und von Coler angefordert, sich zu verantworten.

Gegen den Waffen schmuggel nach Ungarn.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Wien wird gemeldet, daß die internationalisierte Kommission in Budapest eine Untersuchung der Magazine an den Donauhäfen angeordnet hat, da mit den Schleppdamyfern aus Deutschland Maschinengewehre sowie abgefeigtes Artilleriematerial auf Rechnung der ungarischen Regierung nach Budapest gebracht worden sei. Für den Fall, daß derartige Material vorgefunden werden sollte, wird es der Beschlagnahme verfallen.

Der Boykott gegen Ungarn.

Berlin, 22. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die ungarische Regierung hat sich nach der Meldung eines Wiener Blattes wegen des Boykotts an die englische Regierung mit der Bitte um Vermittlung gewandt. Die Antwort lautet, man rathe der ungarischen Regierung, die Abmachung George Clerks zu erfüllen und ein aus allen Schichten der Bevölkerung — Bauern, Bürgern und Arbeitern — zusammengesetztes Kabinett zu bilden ein Gebande, dem auch Graf Apponyi zuzählt. Ohne die Bildung eines solchen Kabinetts vermöge die englische Regierung keinen Schritt zu unternehmen. — Nach demselben Blatt trifft es nicht zu, daß die Gewerkschaften die Durchführung des Amsterdamer Boykottbeschlusses verweigert hätten. Nach einem Telegramm des Internationalen Gewerkschafts-Ausschusses hätte sich im Gegenteil die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands sowie diejenige Frankreichs und der Schweiz zur Mitwirkung bereit erklärt. Nach in Wien vorliegenden Nachrichten seien besonders in der Tschechoslowakei die Abspernungsmassnahmen sehr streng gehandhabt worden. Die deutschösterreichischen Eisenbahner werden heute abend voraussichtlich den Beschluß fassen, daß auch der Personenverkehr nach Ungarn einzustellen sei als Antwort auf die Boykottforderung durch die christlichsozialen und deutschnationalen Beamten

Unruhen in Osnabrück.

U. Osnabrück, 22. Juni. Hier ist es in der Nacht zu erheblichen Kämpfen gekommen. Die Ursache ist in Leben mittelalterlichen zu suchen, die dann weiterhin offenbar politischen Charakter annahmen. Es wurde versucht, das Gefängnis zu stürmen, jedoch ohne Erfolg. Die ganze Nacht hindurch bis jetzt — 3 Uhr morgens — dauerte das Schießen an. Der Sicherheitspolizei gelang es bisher nicht, der Unruhen Herr zu werden. — Militäre ist aber vorläufig noch nicht eingesetzt worden. Die Kämpfe dauern an.

Die apostolische Konterrevolution.

H. E. Wenn man in der deutschen Presse aus Bayern etwas liest, dann ist es in neunundneunzig von hundert Fällen irgendeine Bosheit gegen das Reich, mit dem man schon solange irge oder weniger offiziell im Kriegszustand liegt, als es im industriellen Norden eine Hungersnot und im bayerischen Wald Hamsterquellen für zahlungsfähige Berliner, Hamburger oder andre „Saupreis'n“ gibt; mit dem Kartoffelkrieg zu des hochseligen Batockis Zeiten fing das im zweiten Kriegsjahr an. Wenn man aber in der deutschen Presse irgendetwas Authentisches aus Ungarn liest, dann ist es fast immer ein neuer Standrechtsmord der Porthy-Banden oder irgendeine von den vielen anderen blutgetränkten Methoden, mit denen der Putz-Admiral das Land „verwest“. Aus beiden Ländern, dem des Herrn von Rahe und dem des Barons Horthy, bringen in gleicher Weise nur die auf der Oberfläche schwimmenden Nachrichten zu uns, gewissmaßen nur die Lavamassen der beiden konterrevolutionären Kräfte in Mitteleuropa; Bayern und Ungarn leben bis zu einem gewissen Grade in einer Selbstblutade. Aber man sieht und ahnt, daß in Wirklichkeit stark vulkanische und unterirdische Kräfte diese Lavamassen auspeilen. In der Tat: Hinter den blauweißen, wie hinter den schwarzgelben Kulissen rühren sich tausend emsige Beschwörerhände. Es ist wahrhaftig keine Revolutionsphantastik, wenn wir behaupten, daß sich hier die Sprungbreiter unbegrenzter gegenrevolutionärer Möglichkeiten hingelagert haben. Hier an der Theil und an der Jar und zwischen beiden an der schönen blauen Donau weht die Luft römisch-katholisch und denken die Geister apostolisch. Das Papsttum und seine reaktionäre Idee, die Jahrhunderte und Erdteile unterjochte, war stets grandios im konterrevolutionären Willen und weltumspannend in reaktionärer Zielstrebigkeit; die katholische Kirche hat stets in Kontinenten gedacht. Wir im Norden sehen die eine Gefahr, die vrenghisch-fredericianische des Geistes von Potsdam und der Oberbayerischen Völkchen zu la Rapp und Wittich vielleicht zu unmittelbar, so daß wir allzu leicht geneigt sind, andere und vielleicht viel größere Gefahrenquellen zu übersehen und gering zu schätzen. Wer es muß einmal mit allem Ernst gesagt werden, daß in den Schwarzakzentein noch ganz andere und viel gefährlichere Kerls der Reaktion stecken, als in den preussischen Generälen stecken. Es muß einmal betont werden, daß eine Konterrevolution, hinter der die Kerls stecken, dem Proletariat noch ganz andere Aufgaben stellt, als eine solche, die vom hohen Generälsstab geführt wird. Und daß ferner Rom ein konterrevolutionäres, über Zeit und Raum erhabenes Kulturprogramm ist, angelehnt an dasjenige des Kaiserlichen Hofes wie ein harmloser Wolf der Weltgeschichte anmutet. Schauen wir nicht immer nur nach Döberitz; Salzburg ist vielleicht das größere Ungeheuer!

Kürzlich las man, warnend auch in dieser Zeitung, daß die Tiroler Bauern systematisch von der bayerischen Reichswehr bewaffnet worden sind. Könnte das irgendetwas Überraschen? Es war ja daselbst Bayern, mit dem allerchristlichsten Ministerpräsidenten von Rahe an der Spitze, das auf eigene Faust in Handelsbeziehungen zu dem Ungarn der weißen Diktatur eingetreten ist und gegen Magyarspeck auch „Material aus seinen Beeresbeständen“, also Gewehre und Handgranaten, liefert, obwohl Handelsbeziehungen doch eigentlich der Reichskompetenz unterliegen sollten. Man kann diese Dinge, die sich Bayern erhehhalb der deutschen Grenzpfähle leisten, nicht verstehen, wenn man sie nicht neben alle die anderen Dinge hält, die es sich innerhalb dieser Grenzpfähle herausnimmt. Von der Trennung vom Reich offen zu reden, ist auf der bayerischen Seite wirklich ein Sünd und mehr. Selbst ein angeblich liberales Blatt, die Münchener Zeitung, brachte es dieser Tage fertig, als Grundhahn für die offizielle bayerische Politik aufzustellen, daß Bayern sich genötigt sehen müßte, die deutsche Verfassung von sich aus zu korrigieren, wenn die (gar nicht vorhandene) „verfassungswidrige Diktatur des Berliner Gewerkschafts-Bolschewismus“ andauere. Das heißt doch geradezu schon die bayerische Selbstständigkeit und Selbstherrlichkeit proklamieren. Im Würzburger Offiziers- und Pflanzblatt, der „Marzenburg“, kommt fast in jeder Nummer irgendein Offizier oder Zivilist zu Wort, der aus der eingebildeten Gefahr einer norddeutschen Räterepublik sofort die praktische Forderung für Bayern zieht, einen eigenen christlich-sozialen Staatsladen nun flugs aufzutun. Mit Schwung wird in Bayern eine rigorose Fremdenlegenhebung geübt, wobei als lästiger Ausländer fast jeder gilt, den nicht lederner Hosenboden und Gamsbart zieren; Ausländer mit Berliner Aussprache werden als besonders lästig von Staats wegen empfunden. Der amtlich abgestempelte bayerische Antilemitismus ist bedenklich nahe dem Entladungspunkt, der ihn in wüste Bogrome umleiten wird. Die Kolonelschwadronen, die man dazu benötigt, werden in den Einwohner- und Bauernwehren gefunden, deren Ausbildung zwar die Reichsregierung verbindlich für das ganze Reich anordnete, die aber von allen bürgerlichen Parteien offen für unantastbar erklärt worden sind so daß gerade in Bayern niemand der bürgerlichen Reaktionäre und Kaputtisten an Waffenauflieferung denkt. Jede Verfassung der Reichsregierung in dieser Hinsicht fordert in München „flammende Proteste“ heraus. Und über all diesen trüben, aufsteigenden und brodelnden Schlammfluten der Reaktion schwebt der Geist der katholischen bayerischen Volkspartei und ihres Führers Helm, der überall auftaucht, wo Entscheidungen fallen, ob in den Wandlungen des Parlaments oder in den Kanzleistuben der Ministerien oder in den Hotelkammern der Exp.-Offiziere, und der jeden Klassengenossen in die Arme schließt, dem er zutraut, daß er mitgehen wird, das Deutsche Reich in angebener Stunde zu zerklagen, sei es nun den Staatsanwalt Doxten in Wiesbaden oder den Oberpfarrer Kasterl in Köln. Irgendwo aber am blauen